

Vielfalt erleben, schmecken, feiern!

geschrieben von Andreas | 3. März 2023



PRESSEMITTEILUNG

ECOVIN Verkostungstage im Mai 2023

Möglichkeiten zur Einkehr auf Weingütern gibt es viele: Straußwirtschaften und Gutschänken, Weinfeste oder Verkostungen locken im Jahresablauf. Doch nur einmal im Jahr liegt der Fokus auf dem Biowein, der Vielfalt im Weinberg und im Keller. Willkommen zu den ECOVIN Verkostungstagen im Mai 2023! 28 Bioweingüter von der Mosel bis nach Württemberg laden zur Entdeckung des ökologischen Weinbaus ein.

„Mit den Verkostungstagen wollen wir der biologischen Vielfalt ein Fest bereiten, sie rund um den Weinbau erlebbar machen“, sagt ECOVIN Geschäftsführerin Petra Neuber. „Seit jeher setzen sich unsere Weingüter für den Erhalt der Biodiversität ein. 2019 haben wir als erster Bioverband deren Schutz in unseren Richtlinien verankert.“

Zahlreiche Wanderungen und Spaziergänge führen Natur- und Weininteressierte in die Weinberge, wo es im Mai schon vieles zu entdecken gibt. In den Weingütern selbst informieren die Winzer*innen über ihre Wirtschaftsweise und schenken ihre

aktuellen Jahrgänge aus. Es gibt Musik, Lesungen, Picknicks, regionale und saisonale Küche. Das komplette Programm findet sich immer tagesaktuell auf <https://www.ecovin.de/verkostungstage>.

„Unser Veranstaltungskalender ist schon gut gefüllt, manche Aktion wird vielleicht bis Mai hinzukommen. Ich freue mich, dass ECOVIN Weingüter aus sechs Anbaugebieten ihre Tore öffnen“, so Petra Neuber.

Das Datum der ECOVIN Verkostungstage ist nicht beliebig gewählt. Den 22. Mai haben die Vereinten Nationen zum Internationalen Tag der biologischen Vielfalt erhoben. Die meisten ECOVIN Weingüter öffnen deshalb am Wochenende unmittelbar vor dem 22. Mai 2023.

ECOVIN, Bundesverband Ökologischer Weinbau e.V., ist der Weinbauverband unter den Bioverbänden. 1985 gegründet, bewirtschaften heute 235 Mitgliedsbetriebe rund ein Viertel der deutschen Bio-Rebfläche. Neben der Zertifizierung nach ECOVIN Richtlinie sieht der Verband seine Aufgaben in Beratung, Bildung und politischer Interessenvertretung.

Zahl der Anschläge (inklusive Leerzeichen): 1.684

ECOVIN Bundesverband Ökologischer Weinbau e. V.

Wormser Straße 162

D-55276 Oppenheim

T +49 (61 33) 16 40

F +49 (61 33) 16 09

info@ecovin.de

Die Deutsche Umweltstiftung veröffentlicht in Kooperation mit dem Forum Ökologisch Verpacken ein Verbrauchergutachten zu den Verpackungen der Zukunft

geschrieben von Andreas | 3. März 2023



PRESSEMELDUNG

Berlin (02.03.2023): Die Deutsche Umweltstiftung veröffentlicht in Kooperation mit dem Forum Ökologisch Verpacken ein Verbrauchergutachten zu den Verpackungen der Zukunft. Die Ergebnisse wurden von 13 Bürger*innen in einem mehrteiligen, hybriden Verfahren erstellt. Das Papier enthält Positionen und Empfehlungen aus Sicht von Konsument*innen im Hinblick auf die Frage, wie Verpackungen zukünftig ökologisch verträglicher und vereinbar mit dem Ziel einer Kreislaufwirtschaft zu gestalten sind.

Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Umweltstiftung **Jörg Sommer** kommentierte das Gutachten wie folgt: *„Viele Umweltprobleme werden durch das wachsende Verpackungsaufkommen beeinflusst. Wir werden neue Wege beschreiten müssen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Dazu sollte auf unnötige Verpackungen verzichtet und ansonsten verantwortungsvoll und ökologisch bewusst verpackt werden. Die im Rahmen des Verbrauchergutachtens erarbeiteten Anregungen und Konzepte aus*

dem Kreis der Konsumentinnen und Konsumenten verstehen sich als Beitrag, um einen notwendigen partnerschaftlichen Dialog zu befördern. Diesen Weg wollen wir als Deutsche Umweltstiftung weiter gehen.“

Die Teilnehmenden betonen, dass verschiedene gesellschaftliche Akteure gemeinsam handeln müssen, um die bevorstehenden Herausforderungen erfolgreich zu meistern. Politik und Verwaltung, Verbraucher*innen und Wirtschaft sollten zusammenarbeiten, um nicht nur technische Lösungen für umweltfreundliche Verpackungen zu finden, sondern auch sicherzustellen, dass diese von einer Mehrheit der Menschen akzeptiert und angenommen werden. Es geht also nicht nur um die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben, sondern auch um eine breite gesellschaftliche Akzeptanz nachhaltiger Lösungen.

Genauso sieht es **Dr. Oliver Wolfrum**, Generalbevollmächtigter des Forum Ökologisch Verpacken, der sagt: *„Die Ergebnisse dieses partizipativen Verfahrens belegen eindrucksvoll, dass der von uns vor über zehn Jahren angestoßene Dialogprozess für die Stärkung der Kreislaufwirtschaft Früchte trägt. Beispielhaft für dieses Prinzip stehen faserbasierte Verpackungsmaterialien wie Wellpappe, Karton oder Papier. Fortschritte beim ökologischen Verpacken sind nicht Sache einzelner Akteure, sondern nur in einer gemeinsamen Anstrengung zu erzielen. Das Verbrauchergutachten bestätigt auch, dass gesetzliche Vorgaben wie Mehrwegquoten nicht nur wissenschaftlichen Erkenntnissen standhalten müssen, sondern sich auch an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientieren sollten.“*

Das vollständige Verbrauchergutachten und weitere Empfehlungen können unter folgendem Link heruntergeladen werden:
www.deutscheumweltstiftung.de/fuer-eine-neue-konsumkultur/

Über die Deutsche Umweltstiftung

Die Deutsche Umweltstiftung wurde 1982 u. a. von Udo Simonis,

Ernst Ulrich von Weizsäcker, Günter Grass und Bernhard Grzimek gegründet. Getreu ihrem Motto „Hoffnung durch Handeln“ setzt sie sich für den Erhalt der natürlichen Lebensräume der Menschen, Tiere und Pflanzen ein. Die Deutsche Umweltstiftung ist politisch und wirtschaftlich unabhängig und die größte deutsche Bürgerstiftung für den Umweltschutz.

Pressekontakt

Michael Golze
Deutsche Umweltstiftung
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
Tel.: 030 202384280
michael.golze@deutscheumweltstiftung.de

Nachhaltige Wirtschaft setzt ein Zeichen für Klimaschutz

geschrieben von Andreas | 3. März 2023



BNW

Bundesverband
Nachhaltige
Wirtschaft e.V.

– Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft beteiligt sich am globalen Klimastreik

Berlin, 03.03.23: Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) unterstützt auch in diesem Jahr den globalen Klimastreik. Dem Aufruf von Fridays For Future (FFF) folgend,

beteiligt sich der BNW und zahlreiche seiner Mitgliedsunternehmen an den heutigen Demonstrationen, um eine ambitionierte Klimaschutzpolitik einzufordern.

„Das Motto des Klimastreiks ‘Tomorrow ist too late’ ist so passend! Wir haben keine Zeit mehr! Lützerath hat gezeigt, dass die Klimabewegung weiterhin einen großen zivilgesellschaftlichen Rückhalt hat. Zusammen mit den Entrepreneurs For Future zeigen wir, dass auch die Wirtschaft weiterhin dabei ist, denn ein toter Planet ist auch schlecht für die Wirtschaft! Deswegen gehen wir heute auf die Straße“, meint Dr. Katharina Reuter, BNW-Geschäftsführerin und Mit-Initiatorin der Entrepreneurs For Future.

Der BNW und die Entrepreneurs For Future, die gemeinsam für mehr als 5.500 Unternehmen stehen, fordern eine Politik, die an den Pariser Klimazielen ausgerichtet ist. Zentrales Instrument der deutschen Klimaschutzpolitik ist das Bundes-Klimaschutzgesetz, das unter anderem Vorgaben und Ziele für einzelne Sektoren definiert. Die Sektoren Gebäude und Verkehr haben die jährlichen Ziele im Jahr 2021 verfehlt.

Für das Jahr 2022 fallen die ersten Schätzungen für beide Sektoren ebenfalls negativ aus. Das Gesetz sieht bei einer Überschreitung der Jahresemissionsmengen in den Sektoren vor, dass das jeweils zuständige Ministerium ein Sofortprogramm zur Einhaltung der Vorgaben für die folgenden Jahre veröffentlicht.

„Die Untätigkeit des Verkehrsministeriums ist verheerend. Wir fordern die konsequente Umsetzung des Klimaschutzgesetzes und sofortige Maßnahmen, die die Einhaltung der Sektorziele im Bereich Verkehr ermöglichen. Die Zeit der ideologischen Grabenkämpfe muss jetzt endlich enden!“ so Reuter weiter.

Die Forderungen des BNW für den Verkehr im Einzelnen:

- Ein massiver Ausbau der Infrastruktur für emissionsfreie Transportmittel

- Eine umfangreiche Förderung des ÖPNV
- Die Abschaffung des Diesel- und Dienstwagenprivilegs
- Tempolimit auf Autobahnen

Der heutige Klimastreik findet auch in diesem Jahr in zahlreichen Ländern und Städten statt. Er fällt zeitlich kurz vor den nächsten Koalitionsgipfel der Regierungsparteien und soll deshalb auch deutlich machen, dass der Klimawandel trotz multipler Krisenlage einen großen Stellenwert in der Gesellschaft hat.

Pressekontakt:

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Dr. Katharina Reuter, Geschäftsführerin

reuter@bnw-bundesverband.de

+49 178 448 19 91

Agentur Ahnen&Enkel

Kai Weller

weller@ahnenenkel.com

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) ist die politische Stimme der nachhaltigen Wirtschaft und setzt sich als unabhängiger Unternehmensverband für den Umwelt- und Klimaschutz ein. Mit seinen knapp 600 Mitgliedsunternehmen steht der BNW inzwischen für mehr als 130.000 Arbeitsplätze.

<https://www.bnw-bundesverband.de/>

Machtwort von Kanzler Scholz

in Meseberg nötig: FDP muss Geisterfahrt bei Verkehr beenden

geschrieben von Andreas | 3. März 2023



Vor Kabinettsklausur: Germanwatch fordert Ampelkoalition auf, den Ausbau von Autobahnen zu stoppen und sich stattdessen auf Schienenausbau und Sanierungen zu konzentrieren

Berlin (3. März 2023). Vor der am Sonntag beginnenden Kabinettsklausur in Meseberg fordert die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch die Regierungskoalition auf, im klimapolitisch dramatisch vernachlässigten Verkehrssektor endlich vom Streit- in den Handlungsmodus zu kommen. „Während viele und vor allem junge Menschen heute auch gegen die verfehlte Verkehrspolitik auf die Straße gehen, unterminieren Teile der FDP die im Koalitionsvertrag zugesagte Mobilitätswende. Bundeskanzler Scholz muss ein Machtwort sprechen: Wir brauchen keinen Ausbau von Autobahnen, sondern die Sanierung von Brücken und deutlich mehr als eine Verdoppelung der Investitionen in das Schienennetz“, fordert Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch.

Bals weiter: „Wenn die FDP nicht bereit ist, die für den Fernstraßenneu- und -ausbau vorgesehenen Mittel in die Schiene umzuschichten, wird der Rechtsbruch des Verkehrsministers beim Klimaschutzgesetz über 2030 hinaus verlängert. Die heutige Langfrist-Verkehrsprognose Wissings bestätigt stark den Eindruck, dass der Minister vor der Herausforderung der

Verkehrsverlagerung auf die Schiene bereits eingeknickt ist.“

Verkehrsprojekte mit modernen Klimakriterien neu bewerten

Germanwatch fordert den sofortigen Stopp aller Fernstraßenprojekte und eine anschließende Neubewertung, auch nach modernen Klimakriterien. „Die Verkehrsplanung basiert bis jetzt auf zweifelhaften Prognosen und ideologiegeleiteten Kosten-Nutzen-Rechnungen. Alle Projekte sollten mit zeitgemäßen Kriterien überprüft und auf die aktuellen Klimaziele zugeschnitten werden“, so Jacob Rohm, Referent für klimafreundliche Mobilität bei Germanwatch. Gleichzeitig muss der Ausbau der Schiene beschleunigt werden. Rohm: „Ein weiterer Ausbau von Fernstraßen schafft Anreize für noch mehr Verkehr, vor allem bei LKWs. So löst man kein Stau-Problem und kommt erst recht nicht den Klimazielen im Verkehr näher. Autofahrerinnen und -fahrern sowie der Wirtschaft hilft am wirkungsvollsten eine Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene. Seriöse Politik sollte sich dadurch auszeichnen, in Zeiten begrenzter Haushaltsmittel nach klaren Kriterien zu priorisieren.“

Kontakte für Medien:

Stefan Küper
Pressesprecher

Katarina Heidrich
Pressereferentin

Pressekontakt:

presse@germanwatch.org

Stefan Küper | kueper@germanwatch.org | Tel. +49 (0)151 / 252 110 72

Katarina Heidrich | heidrich@germanwatch.org | Tel. +49 (0)151 / 742 968 18

Studie zu Zuckerreduktion in Softdrinks: “Das Prinzip Freiwilligkeit hat versagt”

geschrieben von Andreas | 3. März 2023



Presse-Statement

Berlin, 21. Februar 2023. Der durchschnittliche Zuckergehalt in Softdrinks ist in den vergangenen sechs Jahren laut einer Studie der Deutschen Allianz Nichtübertragbarer Krankheiten (DANK) um nur etwa zwei Prozent gesunken. Dabei hat die Lebensmittelindustrie im Rahmen der “Nationalen Reduktionsstrategie” deutlich mehr versprochen. Dazu erklärt Luise Molling von der Verbraucherorganisation foodwatch:

*“Das Prinzip Freiwilligkeit hat im Kampf gegen Fehlernährung und Übergewicht komplett versagt. Wer die Lebensmittelindustrie weiter nur höflich darum bittet, weniger Zucker in die Getränke zu tun, der macht sich mitverantwortlich für die Ausbreitung von **starkem Übergewicht** und der damit verbundenen Erkrankungen wie Typ-2-Diabetes. Bundesernährungsminister Cem Özdemir muss die von seiner Vorgängerin Julia Klöckner ins Leben gerufene freiwillige Reduktionsstrategie einstampfen und eine Limo-Steuer nach britischem Vorbild einführen: Dort bekommen Softdrink-Hersteller seit 2018 durch die drohende Abgabe einen Anreiz,*

*weniger Zucker einzusetzen – und das mit Erfolg: Der Zuckergehalt in den Getränken ist um 30 Prozent gesunken und auch die **Zahl der übergewichtigen Kinder ist zurückgegangen.**“*

Hintergrund:

Im Rahmen der Nationalen Reduktionsstrategie des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) hat die Lebensmittelindustrie versprochen, den Zuckergehalt in Softdrinks von 2015 bis 2025 auf freiwilliger Basis um 15 Prozent zu senken. Einer Studie der Deutschen Allianz Nichtübertragbare Krankheiten (DANK) in Zusammenarbeit mit der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) und der Technischen Universität München (TUM) zufolge, ist der Zuckergehalt zwischen 2018 und 2023 tatsächlich nur um zwei Prozent heruntergegangen. In Großbritannien, wo es seit 2018 eine Limo-Steuer gibt, ist der Zuckergehalt im gleichen Zeitraum um knapp 30 Prozent gefallen, bei ähnlichen Ausgangswerten.

Weltweit haben mittlerweile mehr als 50 Regierungen eine Abgabe oder Steuer auf Zuckergetränke eingeführt. Fachgesellschaften, die Weltgesundheitsorganisation, Verbraucherorganisationen und Krankenkassen empfehlen seit Jahren die Einführung einer entsprechenden Regelung auch in Deutschland.

Quelle und weiterführende Informationen:

- [Pressemitteilung inkl. Studie der DANK](#)
- [Übersicht: Soft drink taxes worldwide](#)
- [Studie zum Zusammenhang der britischen Limo-Steuer und Übergewicht](#)

Pressekontakt:

foodwatch e.V.

Dario Sarmadi

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)174 375 16 89

Misereor-Fastenbier: Nachhaltiger Genuss für den guten Zweck

geschrieben von Andreas | 3. März 2023



Ab Aschermittwoch ist das alkoholfreie Bier von Neumarkter Lammsbräu bei teilnehmenden Bioläden und gut sortierten Getränkefachmärkten erhältlich

Auch in diesem Jahr gibt es während der Fastenzeit wieder das alkoholfreie Misereor-Fastenbier im Biohandel zu kaufen. Die Bio- Brauerei Neumarkter Lammsbräu hat dieses Bier für Misereor entwickelt. Es wird ab Aschermittwoch bis zum Ende der Fastenzeit angeboten. Mit dem Fastenbier greift Misereor eine alte bayerische Tradition auf. Für jede verkaufte Flasche erhält Misereor eine Spende für die Projektarbeit.

Gemeinsam bieten das katholische Werk für

Entwicklungszusammenarbeit Misereor und der Bio-Pionier Neumarkter Lammsbräu eine alkoholfreie Alternative zum hochprozentigen Starkbier an. In Klöstern hat Fasten eine lange Tradition. Flüssige Nahrung war in der Fastenzeit erlaubt, weshalb findige Mönche auf die Idee kamen, dünnes Bier nahrhafter zu machen. Die Rezepte für das „flüssige Brot“ reichen bis ins frühe Mittelalter zurück, es hat mitunter bis zu 11 Vol.-% Alkohol. Das Misereor-Fastenbier ist die bislang einzig bekannte alkoholfreie Variante des Fastenzeit-Biers. Das Bier ist ideal für alle, die in der Fastenzeit auf Alkohol verzichten wollen.

Seit 2018 unterstützt das Familienunternehmen Neumarkter Lammsbräu die Misereor- Fastenaktion mit ihrer Interpretation des Fastenbiers. Seit Jahrzehnten gilt für die Familienbrauerei aus der Oberpfalz der Grundsatz, immer im Einklang mit der Schöpfung das bestmögliche Produkt auf absolut nachhaltige Art und Weise herzustellen. Dazu gehört das Vertrauen auf traditionelle Braukunst ebenso wie der ausschließliche Einsatz hochwertigster Brau-Rohstoffe aus dem ökologischen Landbau: ganze Aromahopfen-Dolden und in der hauseigenen Mälzerei erzeugtes Malz aus Bio-Getreide.

Das Misereor-Fastenbier eignet sich hervorragend zum Fastenessen. Zu kaufen gibt es das Bier unter anderem in vielen Filialen von Denns und Alnatura oder im gut sortierten Getränkehandel.

Weitere Informationen finden Sie unter: [Mitmachangebote der Fastenaktion \(misereor.de\)](https://www.misereor.de).

Friedensaktionen in über 20 Städten geplant

geschrieben von Andreas | 3. März 2023



Pressemitteilung

Bündnis "Stoppt das Töten in der Ukraine"

21. Februar 2023

Am 24. Februar jährt sich der Tag des russischen Angriffs auf die Ukraine zum ersten Mal: Unter dem Motto „Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!“ rufen 18 Friedensgruppen zu Protesten gegen den Krieg und für Frieden auf.

Am Wochenende des Jahrestages des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf sein Nachbarland Ukraine gibt es zahlreiche Möglichkeiten, sich an Protesten für ein Ende des Krieges zu beteiligen. Ein Bündnis aus 18 Friedens-, Umwelt- und antifaschistischen Gruppen hat zu Aktionen aufgerufen, die in mehr als 20 Städten geplant sind:

- In Berlin wird bereits am Donnerstag, 23. Februar, ab 18 Uhr ein großes – 10 Meter im Durchmesser – PEACE-Zeichen aus Kerzen vor dem Brandenburger Tor aufgebaut sein. Dazu wird es Reden, u. a. von Rudi Friedrich (Connection e.V.), zur aktuellen Lage von Kriegsdienstverweigerer*innen und von Deserteur*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine geben.
- In Frankfurt am Main beginnt am Freitag, 24. Februar, um 17 Uhr eine Demonstration an der Konstablerwache, vorbei an den ukrainischen und russischen Konsulaten bis zur Alten Oper, wo es eine Abschlusskundgebung mit mehreren

Redner*innen geben wird. Auch dort wird ein PEACE-Zeichen aus Kerzen aufgebaut.

- In Köln ist für Samstag, 25. Februar, um 17 Uhr auf dem Alten Markt eine Demonstration geplant, bei der es inhaltlich auch um die Gefahr eines Atomkriegs gehen wird. Grund dafür ist die aktuelle Stationierung von Bundeswehr-Kampffjets in Nörvenich nahe Köln, die im Ernstfall die letzten in Deutschland gelagerten US-Atombomben ins Ziel fliegen sollen.
- Friedensaktionen sind zudem in Bonn, Bochum, Elmshorn, Freiburg, Gammertingen, Halle (Saale), Hamburg, Karlsruhe, Kassel, Langen, Limburg, Mainz, Nördlingen, Stuttgart, Ulm, Worms und weiteren Orten zwischen dem 24. und 26. Februar geplant – Details finden sich auf der Bündniswebsite: www.stoppt-das-toeten.de

Das „Stoppt das Töten“-Bündnis ruft auch zum Abbruch des Aufrüstungsprogramms der Bundesregierung auf. Im Gegensatz zu anderen für das Wochenende kursierenden Protestaufrufen fordert das Bündnis eindeutig „den Rückzug des russischen Militärs aus der Ukraine“. Dem Bündnis ist zudem eine klare Abgrenzung nach rechts wichtig. Man lade alle Menschen ein, sich an den Aktionen gegen Krieg und Aufrüstung zu beteiligen, aber: „Für Menschen und Gruppen aus dem nationalistischen und antidemokratischen Spektrum ist auf unseren Aktionen kein Platz. Ebenso erteilen wir Menschen und Gruppen, die wissenschaftsfeindlich sind, die Journalist*innen angreifen, sowie Menschen und Gruppen, die Verschwörungsmythen anhängen und/oder diskriminierende Botschaften und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie etwa Rassismus, Antisemitismus, Sexismus verbreiten, eine klare Absage.“

Neben den Aktionen auf der Straße bietet das Bündnis auch eine Webinarreihe mit Vorträgen und Diskussionen etwa zu „Zivilem Widerstand und Sozialer Verteidigung anhand von Beispielen aus Belarus und der Ukraine“, „Rechten Vereinnahmungsversuchen in der Friedensbewegung“, „Deutschen Leerstellen in der Debatte zum Krieg in der Ukraine“ sowie zur „innenpolitischen Lage in

Russland“ an.

Eine Übersicht über die Webinare, den vollständigen Aufruf, eine Aktionsübersicht sowie weitere Informationen gibt es auf der Website des Bündnisses: www.stoppt-das-toeten.de

Bei Fragen und für Interviews stehen wir gerne zur Verfügung!

Pressekontakte:

Attac: Hendrik Küster, Mail: hendrik.kuester@attac.de, Tel.: 0179-4180 714

DFG-VK: Michael Schulze von Glaßer, Mail: svg@dfg-vk.de, Tel.: 0176-23575236

Netzwerk Friedenskooperative: Annegret Krüger, Mail: friekoop@friedenskooperative.de, Tel.: 0228-692904

VVN-BdA: Hannah Geiger, Mail: presse@vvn-bda.de, Tel.: 0178-2785958

Aufrufende Organisationen:

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden | Attac | Bund für soziale Verteidigung | church and peace | Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen | Forum Friedensethik | Frauennetzwerk für Frieden | Friedensregion Bodensee | Lebenshaus Schwäbische Alb | Naturfreunde Deutschlands | Netzwerk Friedenskooperative | Ökumenische FriedensDekade | Ohne Rüstung Leben | Ökumenische FriedensDekade | pax christi | Sant’Egidio | Sicherheit neu denken | Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

–

Lena Zoll

Pressesprecherin

Attac Deutschland

Münchener Str. 48

60329 Frankfurt a.M.

lena.zoll@attac.de

Klimaneutrale Fernwärme: Viele Pfade zum Kohleausstieg

geschrieben von Andreas | 3. März 2023



**ifeu – Institut für Energie- und
Umweltforschung Heidelberg gGmbH**

Beim Umbau der Fernwärme-Versorgung in den Kommunen gibt es keine „One-Size-Fits-All“-Lösung. Ob Wärme aus Flusswasser, großflächiger Solarthermie, Industrieabwärme, Müllverbrennung oder Wärmequellen im Boden: Eine neue Studie für das Umweltbundesamt zeigt, welche Möglichkeiten Versorger beim Abschied von Gas und Kohle haben und was die Bundesregierung tun muss, um den Umbau zu beschleunigen.

Raus aus der Kohle, rein ins Heizen mit erneuerbaren Energien: Die Untersuchung „Dekarbonisierung von Energieinfrastrukturen“ im Auftrag des Umweltbundesamt macht deutlich, wie stark die Planungen für das Wärmenetz der Zukunft von den lokalen Randbedingungen abhängig sind.

Untersucht wurden verschiedene Möglichkeiten für sechs

Fernwärmesysteme, die für die Vielfalt der Wärmenetz-Strukturen in Deutschland stehen: Aachen, Karlsruhe, Chemnitz, Hamburg, Spremberg (Brandenburg) und Großkrotzenburg (Hessen). Alle diese Orte sind bisher stark auf Wärme aus Kohlekraftwerken angewiesen, die sie im Zuge des Kohleausstiegs ersetzen wollen. Gemeinsam mit ihnen haben die Forschenden Wege zur treibhausgasneutralen Fernwärmeversorgung bis 2045 untersucht.

„Um 2045 Treibhausgasneutralität zu erreichen, sind erneuerbare Energien in der Fernwärme ein ganz entscheidender Schritt. Doch bei der Wärmeversorgung mit erneuerbaren Energien gibt es kaum Patent-Lösungen“, sagt Dr. Sara Ortner, Studienleiterin am ifeu.

Von Flusswasser-Wärmepumpe bis Müllverbrennung

Der Ort **Spremberg** könnte stark auf Solarthermie und einen großen Wärmespeicher setzen, der Energie im Sommer aufnehmen und im Winter abgeben kann. **Großkrotzenburg** (Hessen) plant die Erzeugung eines Großteils der Wärme durch eine Wärmepumpe mit Wasser aus dem Main. **Aachen** könnte die Wärmeauskopplung aus einer bestehenden Müllverbrennung realisieren und in **Karlsruhe** kann die zukünftige Wärmeversorgung vor allem auf industrieller Abwärme und tiefer Geothermie basieren.

In **Chemnitz** könnten Luftwärmepumpen eingesetzt werden und in **Hamburg** wird die Nutzung einer hohen Anzahl verschiedener Potenziale unterstellt, um den sehr großen Bedarf in der Millionenstadt zu decken. „Die Herausforderungen beim Aus- und Umbau der Fernwärme variieren stark in Abhängigkeit der Abnehmer, der Struktur des vorhandenen Wärmenetzes und der Möglichkeiten zur Erzeugung erneuerbarer Wärme“, so Ortner.

Der Ersatz der vorhandenen Kohlekraftwerke durch erneuerbare Energien in der Wärmeversorgung ist eine Herausforderung, denn die großen Wärmemengen aus den Kohlekraftwerken sind nicht leicht zu ersetzen. Außerdem sind die vorhandenen Wärmenetze

technisch noch auf die hohen Temperaturen ausgelegt, die Kohlekraftwerke problemlos liefern können.

„Die Versorger sollten abschätzen, welche Erneuerbaren zukünftig die Wärme liefern werden und mit welchen Temperaturen die Fernwärmenetze langfristig betrieben werden sollen“, rät Susanne Ochse. Das helfe bei der strategischen Planung. „Eine Temperaturabsenkung ist nicht pauschal der Königsweg. Vor allem, wenn eine erhöhte Nachfrage nach Fernwärme es notwendig macht, die Transportkapazitäten der vorhandenen Leitungen optimal zu nutzen. Dann ist der Spielraum für Temperaturabsenkungen manchmal begrenzt.“

Möglichkeiten zur Dekarbonisierung von bestehenden Wärmenetzen

Die Fernwärmeerzeugung in Deutschland hängt heute noch zu etwa 80 % an fossilen Energieträgern wie Gas und Kohle. Die Bundesregierung will, dass bis 2030 bereits 50 % der Wärme klimaneutral erzeugt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, empfiehlt die Studie ein „Erneuerbare-Wärme-Infrastrukturgesetz“ (EWG) mit folgenden Inhalten:

- **Die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) sollte gesetzlich garantiert werden. Diese Förderung stellt die wichtigste Säule für die schnelle Dekarbonisierung der Fernwärme dar und die erneuerbare Wärme sollte hier bessergestellt werden. Jahrzehntelange Transformationsprozesse benötigen Planungssicherheit.**
- **Neben einer garantierten Förderung über das BEW sind kurz-, mittel- und langfristige Anpassungen der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)-Förderung notwendig, um die Dekarbonisierung von Wärmenetzen zu flankieren.** Kurz- und mittelfristig sind vor allem die begonnenen Bestrebungen zur Förderung innovativer Systeme aus KWK- und erneuerbarer Wärme sowie zur Vorbereitung auf den Einsatz synthetischer Brennstoffe fortzusetzen. Langfristig ist die BEW jedoch das geeignetere Förderinstrument für die Dekarbonisierung der

Wärmenetze; Anpassungen des KWKGs sollten daher aus einer stromseitigen Perspektive gedacht werden.

- **Die kommunale Wärmeplanung sollte zur Pflicht werden:** Damit wird für Wärmeversorger die Grundlage geschaffen, welche Stadtgebiete voraussichtlich zukünftig mit Fernwärme versorgt werden und wie Leitungsinfrastrukturen sich entwickeln sollen. Bei der Beschreibung des Wegs zur **treibhausgasneutralen Wärmeversorgung bis 2045** könnten die Kommunen planerische Herausforderungen dadurch rechtzeitig identifizieren.
- **Verbindliche Zwischenschritte sind festzuschreiben**, mit denen die Wärmenetzbetreiber die **Treibhausgasneutralität ihrer Netze bis 2045** erreichen. Sie sollen als Fahrpläne zur Dekarbonisierung im EWG vorgegeben werden. Diese sind eng mit den Transformationsplänen der BEW und der kommunalen Wärmeplanung zu verzahnen.
- **Eine Planungsbeschleunigung für Großspeicher und Großwärmepumpen**, eine Pflicht zur Nutzung von Abwärme und die Möglichkeit, Umweltwärme etwa in Trinkwasser zu nutzen, würde neuen Techniken zum schnellen Durchbruch verhelfen.

Die Studie „**Dekarbonisierung von Energieinfrastrukturen – Ein politischer Unterstützungsrahmen für das Beispiel Wärmenetz**“ im Auftrag des Umweltbundesamtes wurde unter der Leitung des ifeu – Institut für Umwelt- und Energieforschung Heidelberg mit dem Hamburg Institut, der GEF Ingenieur AG und der AGFW-Projekt GmbH erstellt und ist unter folgendem Link [downloadbar](#).

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an:

Zentraler Pressekontakt

presse@ifeu.de

Tel +49 (0) 6221 4767 – 42

Wilckensstr. 3

69120 Heidelberg

Dr. Heiko Keller

heiko.keller@ifeu.de

Tel +49 (0) 6221 4767 – 777

Nils Rettenmaier

nils.retttenmaier@ifeu.de

Tel +49 (0) 6221 4767 – 24

Humanitäre Sicherheitspolitik: Grundlegender Umbau von Weltbank, IWF und Entwicklungsbanken wird benötigt

geschrieben von Andreas | 3. März 2023



Vor der Münchner Sicherheitskonferenz: Germanwatch fordert Bundesregierung auf, für Klimasicherheit Initiativen zur Reform der internationalen Finanzarchitektur engagiert zu unterstützen / Klima-Kipppunkte drohen überschritten zu werden: Immense sicherheitspolitische Folgen müssen jetzt angegangen werden

Berlin/München (15. Feb. 2023). Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch begrüßt, dass bei der am Freitag beginnenden Münchner Sicherheitskonferenz Klimasicherheit prominent auf der Agenda steht. „Eine falsch priorisierte Energie- und Klimapolitik ist ein immenses Risiko für die internationale Sicherheit. Öl und Gas schaffen aber auch darüber hinaus Sicherheitsrisiken. Das zeigt sich nirgends so deutlich wie aktuell im Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der großteils mit den Milliarden aus Gas- und Ölexporten finanziert wird“, sagt Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch. Zentral ist ein globales Umlenken der Finanzströme weg von den Problemursachen hin zu den Lösungen. „Damit das Problem der Klimasicherheit bewältigbar bleibt, muss ein Vielfaches der bisherigen Summen für Klimaschutz und -anpassung sowie Schäden und Verluste insbesondere in den armen Ländern mobilisiert werden. Ein zentraler Baustein dafür ist eine umfassende Reform der internationalen Finanzarchitektur. Der Klimagipfel im ägyptischen Sharm El Scheich hat dazu den Startschuss gegeben.“

Neue Finanzquellen müssen für Klimasicherheit erschlossen werden

Klimasicherheit ist die Grundlage für ein gutes Leben der nächsten Generationen. Bei grundlegender Reform der Weltbank, des Weltwährungsfonds IWF und der Entwicklungsbanken könnte das notwendige Geld für den Umbau mobilisiert werden. Es geht um das Zehnfache der jährlich 100 Milliarden Dollar, um den Umbau des Energie-, Verkehrs- und Wirtschaftssystems sowie die Anpassung an die schon jetzt nicht mehr vermeidbaren Folgen der Klimakrise zu ermöglichen. „Dies sollte zugleich das partnerschaftliche Gegengewicht Europas und der G7 zu chinesischen und russischen Angeboten beispielsweise bei Kooperationen in Afrika, Lateinamerika oder Asien sein. Klimafinanzierung ist beste humanitäre Sicherheitspolitik,“ so Bals.

Klar ist: Um die Finanzierungslücke zu schließen sind neue innovative Finanzquellen notwendig. „Die Reform der internationalen Finanzarchitektur kann neue Billionen verfügbar machen, ohne die öffentlichen Haushalte zu belasten. Die Bundesregierung sollte sich hinter die Bridgetown-Initiative der Premierministerin von Barbados stellen, die es auch Ländern des globalen Südens ermöglichen würde, deutlich mehr Geld für Klimamaßnahmen zu bekommen und dies im Krisenfall auch sehr schnell. Was hierfür politisch und rechtlich erforderlich ist, müssen Bundesregierung und Bundesbank zügig ausloten“, fordert Bals.

Politisches Frühwarnsystem für Kipppunkte

Das 1,5-Grad-Limit für die globale Temperaturerhöhung ist kein Wunsch, sondern eine Grenze. Jenseits von ihr lauern massive Herausforderung für Mensch und Natur. Die Klimawissenschaft warnt: Einige Kipppunkte – etwa in Grönland und der Westantarktis – mit über die Zeit dramatischen Folgen für die Erhöhung des Meeresspiegels sind vermutlich bereits gerissen. Für andere Kipppunkte, die eine kaskadenhafte Verschärfung der Erderwärmung auslösen könnten, etwa der Kollaps des Amazonas Regenwaldes, steigt das Risiko zwischen 1,5 und 2 Grad immens. „Wenn wir die Augen davor verschließen, können immense humanitäre Sicherheitskrisen auf uns zukommen“, sagt Lisa Schultheiß, Referentin für Klimarisikomanagement bei Germanwatch. „Wir brauchen ein politisches Frühwarnsystem für Kipppunkte. Die Politik muss für jeden möglichen Kipppunkt konkrete, auf die Warnungen der Klimawissenschaft zugeschnittene Antworten entwickeln. Dieses Frühwarnsystem könnte als jährlicher Bericht die Lage der Kipppunkte und die Handlungsnotwendigkeiten der verschiedenen globalen und regionalen Institutionen – etwa für Katastrophenvorsorge, Ernährung, Gesundheit, Migration – adressieren.“

Hinweis für Redaktionen: *Germanwatch* wird am 16.02. eine Blogserie zu Kipppunkten und ihrem Einfluss auf die menschliche Sicherheit sowie Schäden und Verluste durch die

Klimakrise veröffentlichen (zunächst auf Englisch, die deutsche Übersetzung folgt).

Pressekontakt:

presse@germanwatch.org

Katarina Heidrich | heidrich@germanwatch.org | Tel. +49 (0)151 / 742 968 18

Stefan Küper | kueper@germanwatch.org | Tel. +49 (0)151 / 252 110 72

Stoppt das Töten! Start einer friedenspolitischen Online-Veranstaltungsreihe rund um den Krieg in der Ukraine, 14. Februar bis 29. März

geschrieben von Andreas | 3. März 2023



Pressemitteilung

Bündnis "Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!"

14. Februar 2023

Am 24. Februar jährt sich der russische Angriff auf die Ukraine zum ersten Mal. Um den inhaltlichen Herausforderungen gerecht zu werden, die sich daraus für Friedensaktivist*innen und Antimilitarist*innen ergeben und um Antworten auf

brennende friedenspolitische Fragen zu finden, organisiert das zivilgesellschaftliche Bündnis „Stoppt das Töten in der Ukraine!“ eine Online- Veranstaltungsreihe mit vorerst sechs Terminen vom 14. Februar bis 29. März. Durch das Programm führt Stephan Lindner, Mitglied im bundesweiten Koordinierungskreis von Attac Deutschland. Kontakt: 0176-24342789.

Über diesen Link können Sie sich für die erste Veranstaltung heute um 19 Uhr anmelden. Für jede Veranstaltung wird ein neuer Link generiert, der auf der Webseite des Bündnisses veröffentlicht wird. Dort finden sie auch die Ankündigungstexte für die weiteren Veranstaltungen.

Dienstag, 14. Februar 2023, 19:00 Uhr, „Frieden schaffen mit weniger Waffen oder Nuklearkrieg – haben wir die Wahl?“ Wie ist die aktuelle Lage in der Ukraine zu beurteilen und welche Handlungsoptionen gibt es für Menschen in der Friedensbewegung? Mit Andreas Zumach (Journalist)

Mittwoch, 22. Februar 2023, 19:00 Uhr, Ziviler Widerstand und Soziale Verteidigung. Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen anhand von Beispielen aus Belarus, der Ukraine und weiteren Ländern. Mit Christine Schweitzer (Geschäftsführerin Bund für Soziale Verteidigung)

Mittwoch, 1. März 2023, 19:00 Uhr, Rechte Vereinnahmungsversuche in der Friedensbewegung. Diskussion anhand konkreter Beispiele aus Vergangenheit und Gegenwart. Mit Florian Gutsche (Bundesvorsitzender VVN-BdA)

Donnerstag, 16. März 2023, 19:00 Uhr, Deutsche Leerstellen in der Debatte zum Krieg in der Ukraine, Osteuropäische Perspektiven mehr wahrnehmen. Mit Christine Hoffmann (Generalsekretärin des pax christi – Deutsche Sektion e.V.), Elena Rother und Georg Hörnschemeyer (Mitglieder der pax christi-AG-Ost- und Mitteleuropa)

Dienstag, 21. März 2023, 19:00 Uhr, Innenpolitische Lage in

Russland und die Entwicklung in den letzten Jahren. Mit Vera Ammer (Mitglied im Vorstand von MEMORIAL Deutschland e. V.)

Mittwoch, 29. März 2023, 19:00 Uhr, Handlungsoptionen der deutschen Politik. Welche Möglichkeiten hat die deutsche Politik, um sich für Verhandlungen, einen Waffenstillstand und eine neue gemeinsame Friedens- und Sicherheitsordnung einzusetzen? Mit Simon Bödecker (Referent für Öffentlichkeitsarbeit und atomare Abrüstung bei „Ohne Rüstung Leben“)

Das Bündnis ruft des Weiteren zu dem [Aktionswochenende „Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!“](#) vom 24. bis 26. Februar auf. Eine Liste der geplanten Aktionen finden Sie [hier](#).

Für Fragen und Interviews stehen wir gerne zur Verfügung.

Pressekontakte:

[Attac:](#) Hendrik Küster, Mail: hendrik.kuester@attac.de, Tel.: 0179-4180714

[DFG-VK:](#) Michael Schulze von Glaßer, Mail: svg@dfg-vk.de, Tel.: 0176-23575236

[Netzwerk Friedenskooperative:](#) Annegret Krüger, Mail: friekoop@friedenskooperative.de, Tel.: 0228-692904

[VVN-BdA:](#) Hannah Geiger, Mail: presse@vvn-bda.de, Tel.: 0178-2785958

Das Bündnis:

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden | attac | Bund für soziale Verteidigung | church and peace | Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen | Forum Friedensethik | Frauennetzwerk für Frieden | Friedensregion Bodensee | Lebenshaus Schwäbische Alb | Naturfreunde Deutschlands | Netzwerk Friedenskooperative | Ohne Rüstung Leben | pax christi | Sant’Egidio | Sicherheit neu denken | Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

—

Lena Zoll
Pressesprecherin
Attac Deutschland

Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt a.M.
lena.zoll@attac.de
Tel. 0162 3448009